

Europa nach der Wahl



Zusammengestellt vom



Europa nach der Wahl – Inhaltsverzeichnis

<u>Thema</u>	<u>Seite</u>
1. Vorwort	3
2. Allgemeine Veränderungen durch die Wahl	4
2.1. Institutionen und neu besetzte Stellen	4
2.2. Die neue Sitzverteilung im Europäischen Parlament	10
3. Die Europawahl in Deutschland	12
3.1. Wahlergebnisse in Deutschland	12
3.2. Auswirkungen der Wahlergebnisse auf Deutschland	14
4. Persönliche Vorstellung der aktuell in der Region Weser-Ems tätigen niedersächsischen Mitglieder des Europäischen Parlaments	15
4.1. Jens Gieseke (CDU; EVP)	15
4.2. Tiemo Wölken (SPD; S&D)	17
4.3. Viola von Cramon (Bündnis 90/Die Grünen; Grüne/EFA)	19
4.4. Jan-Christoph Oetjen (FDP; Renew Europe)	21
4.5. Martin Buschmann (Tierschutzpartei; GUE/NGL)	23
5. Europawahl und Brexit	25
6. Impressum	27

1. Vorwort

Vom 23. bis zum 26. Mai 2019 war es wieder so weit. Die Europawahlen fanden statt und jede Bürgerin und jeder Bürger der (noch) 28 EU-Mitgliedsstaaten war dazu aufgerufen, zur Wahl zu gehen.

Alle fünf Jahre findet dieses Ereignis statt, bei dem die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in sogenannter Direktwahl gewählt werden. Passend zum Motto der Wahl „Diesmal wähle ich!“ war die Wahlbeteiligung in diesem Jahr sehr gut und lag europaweit bei 50,7 Prozent. Sie nahm in insgesamt 21 EU-Ländern im Vergleich zur letzten Wahl zu und erreichte in Deutschland mit 61,4 Prozent sogar den Höchstwert der letzten 20 Jahre.

Die diesjährige Wahl war die neunte Europawahl seit 1979 und stand unter besonderem Vorzeichen. Zum einen sah es so aus, dass die EU zum Zeitpunkt der Wahl nur noch aus 27 Mitgliedsstaaten bestehen sollte, da Großbritannien acht Wochen vor der Wahl aus der EU austreten wollte. Doch dieser Austritt verzögert sich nach jetzigem Stand bis auf den 31. Januar 2020. Nachdem der erste Austrittstermin am 29. März 2019 schon auf den 12. April 2019 verschoben worden war, wurde für diesen Termin ebenfalls um eine Verlängerung bis auf den 31. Oktober gebeten, da das britische Parlament keinem Abkommen der Regierung zustimmte und man auch keinen unregelmäßigen Brexit wollte. Am 31. Oktober wurde ebenfalls um eine Verlängerung gebeten. Somit nahm Großbritannien auch an der Europawahl teil.

Zum anderen bestand die Befürchtung, dass europaskeptische und rechtspopulistische Parteien weitere Wahlerfolge feiern könnten. Man erwartete, dass diese Parteien zwar weiterhin wenig im Parlament bewirken könnten, da die proeuropäischen Parteien auch noch nach der Wahl zu groß sein würden, aber man fürchtete, dass es nach der Wahl somit schwieriger werde, einstimmige Entscheidungen zu treffen. Tatsächlich erlangten die Rechtsaußen-Fraktionen mehr Sitze als bei der Wahl 2014. Dennoch blieb diese Zunahme unter den Erwartungen. Weiterhin stellen somit also die proeuropäischen Parteien die Mehrheit im Parlament. In Deutschland selbst hat die europaskeptische Partei, Alternative für Deutschland (AfD), ebenfalls an Stimmen zugelegt, aber auch nicht so wie sie eigentlich erwartet hatte. Elf Abgeordnete der AfD zogen in das Europaparlament ein. Das sind vier mehr als bei der letzten Wahl. Die AfD stellte keinen Abgeordneten aus dem niedersächsischen Raum zur Wahl auf, ebenso wie die Partei Die Linke.

Wer allerdings aus unserer Region nun nach der Wahl Abgeordnete oder Abgeordnete im Europäischen Parlament ist und was sich alles genau durch die Wahl verändert hat, erfahren Sie in dieser Broschüre.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen viel Spaß beim Lesen.

2. Allgemeine Veränderungen für die EU

2.1 Institutionen und neu besetzte Stellen

Das Parlament

Durch die Europawahl kamen teilweise neue Abgeordnete nach Straßburg und Brüssel, andere schieden aus. Die Anzahl der Fraktionsmitglieder im Europäischen Parlament änderte sich. Doch was machen diese Abgeordneten und was ist das Europäische Parlament überhaupt?

Das Parlament setzt sich derzeit aus 751 Abgeordneten (wenn der Brexit vollzogen ist, nur noch aus 705 Abgeordneten) zusammen, die alle fünf Jahre als einziges EU-Organ direkt von den EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern gewählt werden. Die Anzahl der Abgeordneten pro Land richtet sich dabei nach dessen Bevölkerungsanzahl. Durch eine Ober- bzw. Untergrenze erhält ein Land mindestens 6 (z.B. Malta) und höchstens 96 Sitze (z.B. Deutschland) im Parlament. Die Abgeordneten setzen sich zum einen in Fraktionen, die nicht nach Staatsangehörigkeit, sondern nach politischer Zugehörigkeit organisiert sind, zusammen. Derzeit gibt es acht verschiedene Fraktionen im Europäischen Parlament. Zum anderen gibt es Ausschüsse, in denen sich mehrere Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen mit einem bestimmten Thema, wie z.B. Verkehr und Tourismus, beschäftigen. Sowohl in Fraktionen als auch in Ausschüssen werden Rechtsvorschriften vorbereitet. Das Europäische Parlament hat die Aufgabe, zusammen mit dem Rat der Europäischen Union über Gesetze, die von der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden, und den Haushalt zu entscheiden. Zudem wählt es auf Vorschlag des Europäischen Rats die Europäische Kommission und prüft diese.



Der Parlamentspräsident

Zusätzlich bekam das Europäische Parlament einen neuen Präsidenten. Von 2017 bis 2019 war der italienische Politiker Antonio Tajani in diesem Amt tätig. Diesem folgt nun der ebenfalls in Italien lebende David- Maria Sassoli. Er wurde im Juli für zweieinhalb Jahre vom Parlament mit absoluter Mehrheit gewählt. Zu seinen Aufgaben gehört es, das Parlament nach außen hin und vor den übrigen EU-Organen zu vertreten. Außerdem leitet er Sitzungen, sorgt dafür, dass die Geschäftsordnung eingehalten wird, beaufsichtigt

Aktivitäten und die Ausschüsse des Parlaments und gibt die endgültige Genehmigung für den EU-Haushalt und die Gesetze.

Es gibt aber nicht nur Änderungen im Parlament, sondern auch andere neu besetzte Stellen innerhalb der EU-Organe.

Die Kommission

Ein Beispiel hierfür ist die Europäische Kommission, die sich alle fünf Jahre parallel zum Parlament neu zusammensetzt. Sie besteht aus der Präsidentin/dem Präsidenten der Kommission, den Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen und den Kommissaren. Jedes EU-Mitglied ist hier vertreten, indem es ein Kommissionsmitglied stellt. Diesem gibt die Präsidentin/der Präsident der Kommission die Verantwortung für einen bestimmten Politikbereich, wie z.B. Haushalt oder Bildung. Bevor die Kommissarin/der Kommissar sein Amt antreten kann, muss sie/er sich allerdings einer Befragung des Ausschusses bzw. der Ausschüsse im Europäischen Parlament, der/die für ihren/seinen Politikbereich zuständig sind, stellen und diesen/diese von sich überzeugen. Zuvor wurde bereits vom Rechtsausschuss des Parlaments geprüft, ob bei der Person Interessenkonflikte vorliegen, d. h. ob sie rechtlich für das Amt geeignet ist. Wenn dies gelungen ist, stellt sich die gesamte Kommission dem Parlament vor und es kommt zu einer Abstimmung. Bei Zustimmung wird die Europäische Kommission vom Europäischen Rat ernannt. Sie besitzt als einziges EU-Organ das Initiativrecht, was heißt, dass sie das alleinige Recht hat, Rechtsakte vorzuschlagen, über die dann das Europäische Parlament und der Rat der EU abstimmen. Außerdem sorgt sie als Exekutivorgan für die Ausführung der Gesetze und prüft somit auch, ob sie in den jeweiligen Mitgliedstaaten eingehalten werden. Man bezeichnet die EU-Kommission deshalb auch als die „Hüterin der Verträge“.

Die Kommissionspräsidentin

An der Spitze der Kommission steht die Kommissionspräsidentin/der Kommissionspräsident. Von 2014 bis 2019 bekleidete der Luxemburger Jean-Claude Juncker dieses Amt und wird nun durch die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin, Ursula von der Leyen, abgelöst. Am 2. Juli 2019 wurde sie von den Staats- und Regierungschefs für dieses Amt vorgeschlagen und am 16. Juli vom Parlament gewählt. Doch ihre Wahl gilt als sehr umstritten, da sie keine Spitzenkandidatin war und sich auch um kein Mandat im Parlament beworben hat. Bei der Wahl der Kommissionspräsidentin/des Kommissionspräsidenten sollte es seit 2014 eigentlich so sein, dass jede europäische politische Partei vor der Wahl einen Spitzenkandidaten für das Amt vorschlägt, der dann unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses von dem Europäischen Rat vorgeschlagen und anschließend vom Parlament gewählt werden kann. Europäische politische Parteien sind Parteien oder Bündnisse von Parteien auf nationaler Ebene mit ähnlicher politischer Richtung, die auf europäischer Ebene tätig sind.



Man darf sie aber nicht mit Fraktionen verwechseln, denn eine Fraktion kann auch aus mehreren europäischen Parteien bestehen und es gibt auch Mitglieder in Fraktionen, die keiner europäischen Partei angehören. Ein Beispiel für so eine europäische Partei ist die Europäische Volkspartei (EVP). Nationale Mitgliedsparteien sind in Deutschland CDU und CSU. Das heißt, wenn man in Deutschland die CDU gewählt hat, hat man quasi für die EVP gestimmt.

Diese Partei erhielt bei der Europawahl die meisten Stimmen. Somit hätte eigentlich unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses der Spitzenkandidat dieser Partei, Manfred Weber, der neue Kommissionspräsident werden müssen. Doch dieser konnte beim Europäischen Parlament keine Mehrheit erzielen und stand somit nicht weiter zur Auswahl.

Infolgedessen kam Frans Timmermans, der Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), ins Gespräch, um neuer Kommissionspräsident zu werden. Doch da die SPE nur zweitstärkste Partei bei der Wahl wurde und somit dann nicht die Wahlergebnisse berücksichtigt würden, lehnte man diesen Vorschlag ab. Folglich wurde überraschend Ursula von der Leyen von den Staats- und Regierungschefs vorgeschlagen und nach ihrer Bewerbungsrede im Parlament mit neun Stimmen Mehrheit von den Abgeordneten gewählt. Viele Bürgerinnen und Bürger kritisieren diese Entscheidung, da ihrer Meinung nach auch so nicht ihre Wahlentscheidung berücksichtigt wurde.

Normalerweise sollen mit dem Spitzenkandidatenprinzip die Wählerinnen und Wähler mitentscheiden können, wer an der Spitze der Kommission steht.

Ursula von der Leyen bekleidet nun eines der wahrscheinlich wichtigsten Ämter in der EU. Sie ist dafür zuständig, den Kommissaren jeweils deren Aufgabenressort zuzuteilen und kann sie auch jederzeit entlassen. Zudem ist sie die Oberhaupt der Exekutive und spielt damit eine leitende Funktion bei der Umsetzung der EU-Politik. Sie hat eine Richtlinienkompetenz, das heißt, dass sie die Leitlinien der Arbeit der Kommission festlegt. Ursula von der Leyens politischen Leitlinien unter dem Titel „Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa“ für die künftige Europäische Kommission sind:

- Ein europäischer Grüner Deal
- Eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht
- Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist
- Schützen, was Europa ausmacht
- Ein stärkeres Europa in der Welt
- Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

Besonders wichtig bei ihrer Agenda sind ihr die Einführung eines gerechten Mindestlohns, die Schaffung eines klimaneutralen Kontinents und die Mitwirkung der Bürger bei der Konferenz zur Zukunft Europas. Zudem will sie es schaffen, dass bis 2024 10 000 Mitarbeiter der Europäischen Grenz- und Küstenwache an der EU-Außengrenze eingesetzt werden.

Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten

Die Kommissionspräsidentin darf sich selber ihre Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten, die sie bei Abwesenheit vertreten können, auswählen, sodass sich diese für die neue Legislaturperiode ebenfalls ändern. Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten des ehemaligen Kommissionspräsidenten waren Frans Timmermans, Federica Mogherini, Maroš Šefčovič, Valdis Dombrovskis und Jyrki Katainen. Frans Timmermans, Maroš Šefčovič und Valdis Dombrovskis behalten ihr Amt und sind auch an der Seite von Ursula von der Leyen weiterhin Vizepräsidenten.

Die restlichen Stellvertretenden sind nun Margrethe Vestager, Margaritis Schinas, Vera Jourova, Dubravka Suica und Josep Borrell.

Josep Borrell kommt hier eine besondere Rolle zu, da er als Nachfolger von Federica Mogherini Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik ist. Dieser musste sich genauso wie die anderen Kommissare vor dem zuständigen Ausschuss (Auswärtiger Ausschuss) vorstellen und wurde nach Zustimmung dessen vom Parlament gewählt. Mit Zustimmung der Kommissionspräsidentin wurde er dann vom Europäischen Rat ernannt.

Der hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik

Der hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik besetzt gleichzeitig mehrere Ämter. Er ist Vizepräsident der Europäischen Kommission, Vorsitzender des Rates für Auswärtige Angelegenheiten und Außenbeauftragter des Europäischen Rates. Somit ist Josep Borrell mit seinem neuen Amt gleichzeitig Mitglied in zwei EU-Institutionen, nämlich in der Kommission und im Rat der EU. Sein Amt ist vergleichbar mit dem eines Außenministers.

Er soll zusammen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, dessen Stelle ebenfalls neu besetzt wird, die EU nach außen hin vertreten und sowohl die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, als auch die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik führen. Ziel ihrer Zusammenarbeit ist es, dass alle Mitgliedsländer der EU eine gemeinsame Außenpolitik betreiben.





Präsident des Europäischen Rates

Das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates hatte von 2014 bis 2019 der polnische Politiker Donald Tusk inne. Im Juli 2019 wählten die Mitglieder des Europäischen Rates den Belgier Charles Michel zu seinem Nachfolger.

Diese Wahl findet alle zweieinhalb Jahre statt und es ist eine einmalige Wiederwahl möglich. Charles Michel bildet nun gemeinsam mit den 28 (nach Brexit 27) Staats- und Regierungschefs und der Kommissionspräsidentin den Europäischen Rat.

Neben seiner Zusammenarbeit mit dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik ist er dafür zuständig, die Tagungen des Europäischen Rates zu leiten, Vorbereitungen hierfür zu treffen und dem Europäischen Rat Impulse bei ihrer Arbeit zu geben. Somit nimmt er eine leitende Funktion bei der Festlegung der allgemeinen politischen Agenda ein, da in den Tagungen des Europäischen Rates die politischen Zielvorstellungen und Prioritäten der EU festgelegt werden ohne dabei Rechtsvorschriften zu verabschieden. Hier hat er bei Abstimmungen zwar kein Stimmrecht, ist aber immer berechtigt, zusätzlich zu den 4 Gipfeltreffen pro Jahr Tagungen zu bestimmten Themen einzuberufen.

Europäischer Rat, Rat der EU und Europarat

Der Europäische Rat ist nicht zu verwechseln mit dem Rat der EU, der aus den jeweiligen Fachministern der Mitgliedsstaaten besteht und zusammen mit dem Parlament Gesetze beschließt und den EU-Haushalt billigt. Hier übernimmt alle sechs Monate ein anderer Mitgliedsstaat den Vorsitz. Von Juli bis Dezember 2019 hat Finnland diesen Vorsitz und danach Kroatien. Zudem gibt es auch noch einen Europarat, der ebenfalls nicht mit dem Rat der EU oder dem Europäischen Rat gleichzusetzen ist. Der Europarat ist eine eigenständige, internationale Organisation, die sich seit 1949 für die Zusammenarbeit unterschiedlicher europäischer Staaten und für die Förderung insbesondere von Menschenrechten einsetzt. Mitglieder im Europarat sind auch Norwegen, Russland oder die Schweiz.

Präsidentin der Europäischen Zentralbank

Ein weiterer Vorsitz, der neu gewählt werden musste, war der des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB). Der Italiener Mario Draghi, der von 2011 bis 2019 in diesem Amt tätig war, wird nun durch die Französin Christine Lagarde abgelöst. Die EZB soll Richtlinien für die Wirtschafts- und Währungspolitik der EU erarbeiten und diese umsetzen. Sie entscheidet ohne Weisung der Regierenden oder anderer EU-Organen. Ihr Ziel ist es, Preisstabilität zu gewährleisten, um somit das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen. Für dieses Ziel sind drei Gremien zuständig:

- Das Direktorium
 - Es besteht aus der Präsidentin der EZB, dem Vizepräsidenten (Luis de Guindos) und vier weiteren Mitgliedern, die alle acht Jahre neu vom Europäischen Rat ernannt werden. Das Direktorium ist für die Vorbereitung der Sitzungen des EZB-Rates und für die Durchführung der Währungspolitik zuständig.
- Der EZB-Rat
 - Er setzt sich aus den Mitgliedern des Direktoriums und den Präsidenten der nationalen Zentralbanken der 19 Mitgliedsstaaten des Euroraums zusammen. Seine Aufgabe ist es, die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung zu beurteilen und die Leitlinien für die Währungspolitik festzulegen.
- Der erweiterte Rat
 - Er besteht aus der Präsidentin, dem Vizepräsidenten und den Präsidenten der nationalen Zentralbanken der (noch) 28 EU-Mitgliedsstaaten. Er verrichtet Beratungs- und Koordinierungsarbeiten und kümmert sich zusätzlich um die Vorbereitung für den Beitritt neuer Länder zum Euro-Raum.

Die Aufgabe der Präsidentin ist es, die Bank in der EU und auf internationaler Ebene zu repräsentieren.



2.2 Die neue Sitzverteilung im europäischen Parlament

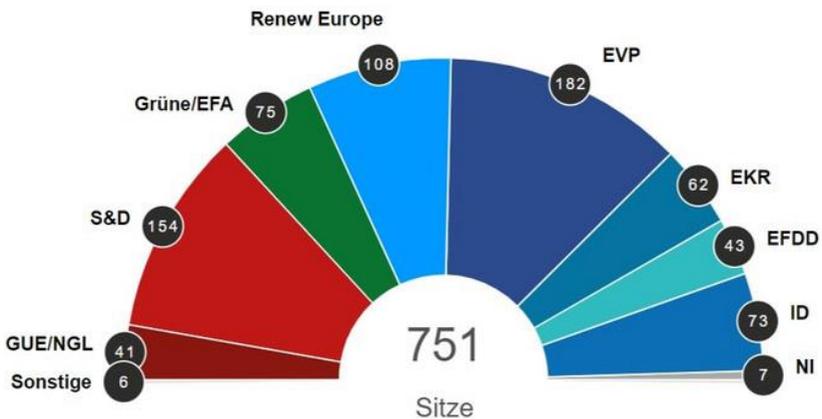
Verteilung der Sitze auf die Fraktionen: Legislaturperiode 2014-2019 und 2019-2024 im Vergleich

Fraktion	Anzahl der Sitze 2014-2019	Anzahl der Sitze 2019-2024	+ Gewinn/ - Verlust
EVP (Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten))	216	182	-34
S&D (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament)	185	154	-30
Renew Europe (neue liberale Partei, Nachfolgerin der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE))	69 (hieß zu der Zeit noch ALDE)	108	+39
Grüne/EFA (Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz)	52	74	+22
ID (Identität und Demokratie; ersetzt die Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF))	36 (hieß zu der Zeit noch ENF)	73	+37
EKR (Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier)	77	62	-15
GUE/NGL (Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke)	52	41	-11
NI (Fraktionslos)	20	57	+37
EFDD (Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie)	42	0 (konnte 2019 nicht mehr Voraussetzungen zur Fraktionsbildung erfüllen *)	-42

*Fraktion muss aus mindestens 25 Mitgliedern bestehen, die in mindestens sieben Mitgliedsstaaten gewählt wurden

Wie man an der Tabelle erkennen kann, gibt es „Gewinner“ und „Verlierer“ bei der Europawahl 2019. Die beiden Volksparteien, EVP und S&D, gehen als Verlierer aus der Wahl. Zusammen verloren sie 64 Sitze und haben erstmals keine gemeinsame Mehrheit mehr im Europaparlament. „Gewinner“ der Wahl waren die Grünen, die Fraktion Renew Europe und die Fraktion Identität und Demokratie.

Dennoch blieb der massiv zuvor vermutete Rechtsruck aus. Europaskeptische und rechtspopulistische Parteien konnten zwar in einigen Ländern wie z.B. in Frankreich oder in Deutschland Stimmen dazugewinnen, aber in Ländern wie z.B. den Niederlanden oder Frankreich mussten sie Einbußen einfahren. Somit stellen die rechtsorientierten Fraktionen weiterhin keine Mehrheit im Parlament.



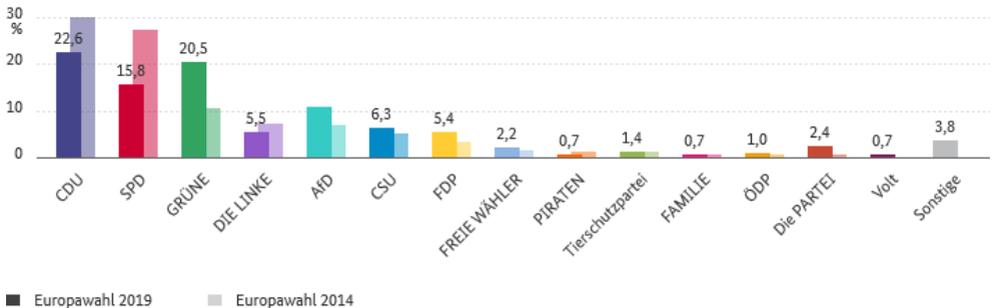
Copyright: Europäisches Parlament

3. Die Europawahl in Deutschland

3.1 Wahlergebnisse in Deutschland

Stimmenanteile

Europawahl 2019, Deutschland
Endgültiges Ergebnis



© Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2019

	Prozent der Stimmen 2014	Prozent der Stimmen 2019	Sitze im Parlament 2014	Sitze im Parlament 2019
CDU	30	22,6	29	23
SPD	27,3	15,8	27	16
Grüne	10,7	20,5	11	21
Die Linke	7,4	5,5	7	5
AfD	7,1	11,0	7	11
CSU	5,3	6,3	5	6
FDP	3,4	5,4	3	5
Freie Wähler	1,5	2,2	1	2
Piraten	1,4	0,7	1	1
Tierschutzpartei	1,2	1,4	1	1
Familie	0,7	0,7	1	1
ÖDP	0,6	1,0	1	1
Die Partei	0,6	2,4	1	2
Volt	-	0,7	0	1

In Deutschland schnitten die Regierungsparteien, CDU und SPD, schlecht ab. Die SPD verlor im Vergleich zu der Europawahl 2014 11,4 Prozentpunkte und die CDU 7,5 Prozentpunkte (die CSU hingegen legte um 1 Prozent zu). Nichtsdestotrotz bleibt die Union weiterhin stärkste Kraft. Die SPD rutschte allerdings von Platz 2 auf Platz 3, da sie von den Grünen mit 20,5 Prozent Stimmenanteil erstmals überholt wurde. Somit können sich die Grünen mit einem Zuwachs von 9,8 Prozentpunkten die klaren Wahlsieger nennen. Vor allem die jungen Erwachsenen und die unter 60 Jährigen wählten anstatt der CDU oder der SPD die Grünen, sodass diese mehr als eine Million Wählerinnen und Wähler von den Christ- und Sozialdemokraten dazugewinnen konnten. Zudem wurden auch die europaskeptischen Kräfte in Deutschland stärker. Die AfD erlangte 3,9 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl 2014. Erfolg konnte außerdem noch die FDP feiern (+2,1 Prozentpunkte), während die Linke leicht an Stimmen verlor (-1,9 Prozentpunkte).

Auch die Kleinparteien hatten in Deutschland die Chance, gewählt zu werden und ins Europaparlament einzuziehen, da es bei der Europawahl in Deutschland keine Prozhürde gibt. Das heißt, dass Parteien keine bestimmte Mindestanzahl an Stimmen von z.B. 5 oder 3 Prozent erreichen müssen, um ins Parlament einzuziehen. Somit schafften auch die Freien Wähler, die Piraten, die Tierschutzpartei, die Familienpartei, die ÖDP, die Partei und die proeuropäische Parteineugründung VOLT den Einzug in das Parlament.

3.2 Auswirkungen der Wahlergebnisse auf Deutschland

Die Europawahlergebnisse in Deutschland haben vor allem Auswirkungen auf die Große Koalition. Aufgrund der schlechten Stimmenergebnisse von CDU und SPD kommt bei Vielen die Frage nach der Stabilität der Großen Koalition auf. Besonders die SPD hat unter den Wahlergebnissen zu leiden und fuhr mit 15,8 Prozent Stimmenanteil das schlechteste Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl seit 1887 ein. Zudem verlor sie gleichzeitig bei der Landtagswahl in Bremen ihren Vorsitz und wurde von der CDU überholt. Das ist das erste Mal seit 73 Jahren, dass in Bremen die SPD hinter der CDU landet. Aufgrund der Ergebnisse von Europa- und Landtagswahl kam es zu einer Debatte um den Parteivorsitz der SPD. Diese endete mit einer Neubesetzung der Parteispitze.

Auch die Spitzenpolitiker*innen der CDU wurden aufgrund des historisch schlechten Ergebnisses bei der Europawahl scharf kritisiert. Hinzu kommt, dass seit der Wahl auch innerparteiliche Konflikte aufgrund von Schuldzuweisungen entstanden sind. Die Parteispitze kündigte deshalb die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes an, das mehr auf die Digital- und die Klimapolitik eingehen werde.

Die Wahlergebnisse in Deutschland machen nämlich auch deutlich, dass für immer mehr Menschen vor allem der Klimaschutz und Digitales sehr wichtig ist, was man an dem Stimmenanteil der Grünen erkennen kann.

4. Persönliche Vorstellung der aktuell in der Region Weser-Ems tätigen niedersächsischen Mitglieder des Europäischen Parlaments

4.1 Jens Gieseke (CDU; EVP)



Wie sehen Sie die Rolle der Christdemokraten im Europäischen Parlament?

Die EVP ist die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament. Gemeinsam mit der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen müssen wir jetzt die wichtigen Themen nach vorne bringen. Die EVP ist dabei die Stimme, die neben den berechtigten Anliegen des Klima- und Umweltschutzes auch Wert auf den Erhalt von Mobilität, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum legt. Wir wollen ökonomisch verantwortbare Lösungen, die auf Innovation und Technologie setzen statt auf Verbote.

Sie wurden zum Vorsitzenden des Parlamentskreises Mittelstand der EVP-Fraktion gewählt. Was genau kann man unter dem Parlamentskreis Mittelstand verstehen und welche neuen Aufgaben erwarten Sie in dieser Position?

Der Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft und sichert den Wohlstand, besonders auch im Westen Niedersachsens. Die vielen klein- und mittelständischen Unternehmen sichern Beschäftigung, exportieren und arbeiten innovativ. Das ist unsere große Chance. Oft genug hat man der Brüsseler Politik vorgeworfen, die Anliegen des Mittelstandes nicht angemessen zu berücksichtigen. Wir wollen die Interessen der Unternehmerinnen und Unternehmer und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellen: Bürokratie vermeiden, den richtigen Rahmen für Forschungsförderung abstecken und den Handel stärken. Jedes Gesetz wollen wir genau unter die Lupe nehmen: Welche zusätzlichen Belastungen schafft die Regelung, welchen Nutzen hat sie? Dazu ist der Austausch mit den vielen Unternehmen vor Ort für mich besonders wichtig.





Sie haben sich gerade zusammen mit Sven Schulze in einem Brief an die EU-Kommission gewandt, in dem Sie aufgrund des massiven Stellenabbaus beim Windkraft-Riesen Enercon finanzielle Unterstützung aus dem Europäischen Fonds fordern. Wie soll diese finanzielle Unterstützung aussehen und was genau soll damit erreicht werden? Warum ist Ihnen dies so wichtig und wie gut sehen Sie die Chancen, dass die EU mit entsprechenden finanziellen Mitteln reagiert?

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung kann ein Mittel sein, um die konkreten Folgen des jetzigen Stellenabbaus abzufedern. Das wird gerade in Ostfriesland auch nötig sein, denn die Auswirkungen sind dramatisch. Der Fonds kann dann Hilfen zur Verfügung stellen, wenn Bund und Land und das Unternehmen entsprechende Mittel anfordern. Das bleibt abzuwarten. Wichtig ist allerdings, dass wir jetzt bundespolitisch schnell die richtigen Weichenstellungen vornehmen, damit die Windkraftindustrie eine Zukunft in Deutschland hat.



4.2 Tiemo Wölken (SPD; S&D)



Wie sehen Sie die Rolle der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament?

Als zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen klaren Auftrag: Wir müssen dafür sorgen, dass die Europäische Union Klimapolitik und Sozialpolitik unter einen Hut bekommt: Die Sozialdemokratie steht deswegen für eine Klimapolitik, die sich nicht nur um diejenigen kümmert, die sich um das Ende der Welt sorgen - sondern auch um

diejenigen, die sich um das Ende des Monats sorgen.

Durch neue Technologien und eine grüne Wirtschaft wird sich auch die Arbeitswelt verändern – besonders wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen dafür, dass dabei niemand auf der Strecke bleibt.

Welche neuen Aufgaben erwarten Sie als Koordinator im Rechtsausschuss und wie wollen Sie diese angehen?

Als Koordinator im Rechtsausschuss bin ich der erste Ansprechpartner der S&D-Fraktion, wenn es um rechtspolitische Fragen geht. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren organisieren gemeinsam mit den Vorsitzenden der Ausschüsse die Arbeit und benennen die Berichtersteller, die mit der Bearbeitung der Verordnungen und Richtlinien beauftragt sind. Als Koordinator geht es also darum, den Überblick zu behalten und gemeinsam mit dem Fraktionsvorstand die großen Linien festzulegen.



Meinen Sie, Ursula von der Leyen kann Ihr Versprechen halten und mit einem europäischen „Grünen Deal“ erreichen, dass Europa der weltweit erste klimaneutrale Kontinent wird?

Frau von der Leyen hat viele Versprechen gemacht, an denen sie sich in den nächsten fünf Jahren messen lassen muss. Der „European Green Deal“ liegt im Aufgabenfeld des niederländischen Kommissars Frans Timmermans – daher bin ich überzeugt, dass der European Green Deal, ein Erfolg wird. Entscheidend ist aber auch, wie sich die Mitgliedsstaaten verhalten. Die Abgeordneten im Europäischen Parlament haben jedenfalls gerade in ihrer Resolution zum Klimanotstand klar gemacht, dass wir liefern wollen!



4.3 Viola von Cramon (Bündnis 90/Die Grünen; Grüne/EFA)



Mein Name ist Viola von Cramon und ich bin seit diesem Jahr eine von zwei niedersächsischen Abgeordneten für Bündnis 90/Die Grünen im Europäischen Parlament.

Die Wahl brachte für uns Grüne äußerst erfreuliche Ergebnisse und sorgte dafür, dass wir die größte Grüne/EFA-Fraktion aller Zeiten sind. Gleichzeitig sind aber auch die Fraktionen der Europaskeptiker, -kritiker und -feinde größer geworden. Dies ist auf der einen Seite ein Auftrag für deutliche grüne Akzente in der EU, andererseits natürlich eine Herausforderung gegen die spalterischen Tendenzen abzarbeiten.

Aus Niedersachsen gibt es zwei grüne Europaabgeordnete. Frau Langensiepen und ich haben uns darauf verständigt, dass wir uns die Arbeit entlang der Themen und nicht der Regionen aufteilen werden. Das heißt, dass ich mich vorwiegend um die Themen Ländlicher Raum sowie Landwirtschafts- und Strukturpolitik kümmern werde. Ebenso um die Fragen der Industriepolitik und um Wissenschafts- und Hochschulangelegenheiten.

Ich lebe in Südniedersachsen im Landkreis Göttingen. Dennoch habe ich mich dazu entschieden, zwei Europabüros in Heilbad Heiligenstadt und in Oldenburg zu eröffnen.

Mit dem Büro in Heiligenstadt möchte ich ein Zeichen für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit setzen und bin von dort aus natürlich für Südniedersachsen sowie das westliche Thüringen oder auch Nord-Hessen gut zu erreichen.

Mein zweites Europabüro ist mit Oldenburg einerseits in einer der größten Städte Niedersachsens, andererseits umgeben von vorwiegend ländlichen bzw. landwirtschaftlich geprägten Landkreisen im Westen Niedersachsens. Hier wollen wir sowohl die Nähe und bestehende gute Zusammenarbeit mit den Niederlanden und des Forschungsstandorts Oldenburg suchen, als auch die Herausforderungen und Chancen des ländlichen Raums in den Blick nehmen.

In der Parlamentsarbeit habe ich das Glück, in verschiedenen Ausschüssen mitarbeiten zu dürfen, in denen ich auch meine beruflichen und politischen Erfahrungen einbringen kann. Dazu gehört der Auswärtige Ausschuss (AFET), der Ausschuss für Industrie, Technologie, Wissenschaft und Energie (ITRE) sowie der Haushaltskontrollausschuss (CONT). Weiterhin nehme ich als Vize-Vorsitzende an den sog. Delegationen in die Ukraine teil.

In meiner ersten Wahlperiode geht es mir neben vielen inhaltlichen Themen vor allem auch darum, den Menschen zu erklären, wie die EU funktioniert. Auch politisch interessierten Menschen in unseren grünen Reihen sind Entscheidungsprozesse oftmals nicht ganz verständlich.

Das möchte ich ändern und will für die Menschen aus Niedersachsen in Europa Politik machen. Auf meinen Wahlplakaten stand „Entschieden für Klimaschutz“. In diesem Sinne möchte ich nach fünf Jahren wieder vor meine Wähler/innen treten können und sagen, dass ich mit Entschiedenheit Politik gemacht habe. Als Sportlerin weiß ich, dass ich nicht immer gewinnen kann, will aber immer vollen Einsatz zeigen.

Ich möchte den Spagat zwischen der Arbeit in einem multinationalen Parlament und den Verpflichtungen gegenüber den Wähler/innen in Niedersachsen hinbekommen. Ich wohne in einer ländlichen Region. Die Menschen dort erwarten von ihrer Abgeordneten, die viele persönlich kennen, eine ehrliche und transparente Arbeit. Wenn es um politische Entscheidungen geht, möchte ich immer die Interessen der Menschen in stadtfremden Räumen im Blick behalten. Zudem möchte ich Ansprechpartnerin für Universitäten und wissenschaftliche Institute in Niedersachsen und Bremen sein.

Auf diese und alle Aufgaben, die ich heute noch nicht kenne, freue ich mich und möchte sie so gut es mir möglich ist wahrnehmen.



(Viola von Cramon mit ihren Lokalen Mitarbeiter/innen)

4.4 Jan-Christoph Oetjen (FDP; Renew Europe)

Wie sehen Sie die Rolle der Liberalen im Europäischen Parlament und warum wollten Sie Abgeordneter des Europaparlaments werden?

Für die Liberalen im Europäischen Parlament ist die 9. Legislaturperiode ein wahrer Neuanfang. Die Fraktion der Liberalen trug bis dahin den Namen ALDE. In der ALDE Fraktion haben sich die liberalen Parteien Europas zusammengeschlossen. Gemeinsam mit dem französischen Wahlbündnis Renaissance rund um den französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem ungarischen Oppositionsbündnis trägt diese Fraktion nun dem Namen Renew Europe. Die Liberalen stellen damit die drittgrößte Fraktion im Europäischen Parlament. Renew Europe vereint 108 Liberale aus 22 europäischen Mitgliedsstaaten. Und ebenso vielfältig wie die Europäische Union, so unterschiedlich sind auch die Mitglieder unserer Fraktion.

Das macht die politische Arbeit spannend. Denn sowohl in der Fraktion als auch im Europäischen Parlament unterscheidet sich die parlamentarische Arbeit grundlegend von der in Deutschland. In Deutschland verlaufen die Trennlinien klarer: Opposition und Regierung stehen sich gegenüber. Fraktionszwang und Lagerdenken sind allgegenwärtig, dafür ist aber auch die inhaltliche Linie oftmals viel klarer vorgegeben. Das Europäische Parlament überrascht mit sympathischem Pragmatismus und inhaltlicher Zusammenarbeit. Initiativen und Beschlüsse werden über Fraktionsgrenzen hinweg wie selbstverständlich ausgearbeitet und gleichzeitig kann es dafür sogar innerhalb der Fraktionen viel größere inhaltliche Unterschiede geben. Zwischen den Fraktionen gibt es auch im EP, die Abkürzung für das Parlament, klare inhaltliche Unterscheidungen. Diese verhindern jedoch keine Zusammenarbeit in den übereinstimmenden Punkten.

Eine große Ausnahme bilden dabei jedoch klar die nationalistischen Parteien der neuen Rechten. Ein Wille zur Zusammenarbeit ist hier nicht erkennbar, dies liegt bestimmt auch daran, dass es hier keinen Willen zur Stärkung und zum Fortschritt Europas gibt.

Für mich ist das unvorstellbar. Mein Entschluss, für das Europäische Parlament zu kandidieren kam aus tiefster Überzeugung und dem Glauben an Europa. Denn Europa geht uns alle an, es ist nicht nur ein Wort, wir alle sind Europa. Uns vereinen gemeinsame Werte, Ziele und eine gemeinsame Verantwortung.



Was ist Ihnen als Parlamentsabgeordneter wichtig?

Als gewählter Abgeordneter des Europäischen Parlaments ist es mir wichtig, an der Erneuerung der Europäischen Union mitzuwirken. Ich setzte mich dafür ein, dass Europa mehr ist Zeitumstellung oder ein Verbot von Glühbirnen. Europa muss in den großen Dingen groß werden und in den kleinen Dingen klein bleiben.

Was erwarten Sie für neue Aufgaben als stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Transport und Tourismus und wie wollen Sie diese angehen?

Eine der wichtigsten Aufgaben für uns ist der Klimaschutz. Dabei setze ich auf Innovationskraft und Technologieoffenheit. Dafür müssen wir Marktmechanismen wie den Emissionshandel nutzen und auf Startups und den Mittelstand setzen. Ich stehe zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050. Das darf aber nicht mit Verboten oder Steuern erreicht werden, sondern mit Innovationen und Anreizen. Dafür sollten wir auf Technologieoffenheit und ein schlüssiges, realistisches Finanzierungskonzept setzen. Dies stärkt die Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze. Europa muss Vorreiter bei neuen Technologien und Innovationen werden, damit der Green Deal auch wirkliche eine Wachstumsstrategie ist. Nicht weniger wichtig ist außerdem die Lösung der Flüchtlingsfrage. Wir müssen den Menschen, die wirklich Hilfe brauchen auch helfen können und gleichzeitig die Lasten gerecht verteilen.

Kriminalität muss grenzüberschreitend wirksamer bekämpft werden, damit sich die Menschen überall sicher fühlen und Verbrechen gestoppt werden.

In der Verkehrspolitik brauchen wir sinnvolle Konzepte und innovative Ideen, um unsere europäischen Verkehrsnetze effizient nutzen und erweitern zu können.

In der Agrarpolitik brauchen wir ein Umdenken. Der Landwirt muss als Unternehmer in den Mittelpunkt gestellt werden und Bürokratie muss dringen abgebaut werden.



Für all diese politischen Themen habe ich mich während meiner gesamten politischen Laufbahn eingesetzt. Und ich freue mich, diese Punkte jetzt im Europäischen Parlament voranzutreiben.

4.5 Martin Buschmann (Tierschutzpartei; GUE/NGL)

Wie sehen Sie die Rolle der GUE/NGL im Europäischen Parlament?



Die Rolle meiner Fraktion sehe ich dahingehend, dass wir den progressiven und „ändern wollenden“ Flügel im EU-Parlament darstellen. Ein „Weiter so!“ darf es schlicht nicht mehr geben. Es ist bereits 5 nach 12 und wir müssen endlich im Sinne der Menschen, der Umwelt und ebenso der Tiere handeln.

Merken Sie schon große Unterschiede zwischen der Arbeit als stellvertretender Generalsekretär auf Bundesebene und der im Europäischen Parlament?

Natürlich. Diese beiden Aufgaben sind in keiner Weise miteinander vergleichbar. Im Parlament kann ich öffentlich während Ausschusssitzungen sprechen, neue Sichtweisen und Blickwinkel eröffnen, direkt und unmittelbar für meine politische Ausrichtung einstehen und wirken, während die Rolle als stellvertretender Generalsekretär von ehrenamtlichem Engagement und enorm umfangreicher Arbeit im administrativen Bereich zum reibungslosen Ablauf des täglichen Geschäftsbetriebs geprägt war.



Inwieweit hilft es Ihnen bei Ihrer Arbeit, dass Sie vorher schon international agierten?

Der jahrelange Aufbau der dadurch geknüpften Beziehungen trägt jetzt- seit meinem Antritt im Amt eines Abgeordneten- Früchte. Der intensive Austausch, die Gespräche, das Setzen der gemeinsamen Zielrichtung der letzten Jahre, kann jetzt direkt von uns auf den Weg gebracht werden.

Meinen Sie, Ursula von der Leyen kann ihr Versprechen halten und mit einem europäischen „Grünen Deal“ erreichen, dass Europa der weltweit erste klimaneutrale Kontinent wird?

Nein. Aber: ich lasse mich gerne überraschen. Meiner Meinung nach sind die Versprechen bloßes „Sand in die Augen streuen“.



5. Europawahl und Brexit

Ursprünglich wollte Großbritannien schon am 29. März 2019, also acht Wochen vor der Europawahl, aus der EU austreten. Da das Parlament aber gegen das zu der Zeit vorliegende Austrittsabkommen von der Regierung unter Theresa May gestimmt hatte und somit ein ungeregelter Austritt ohne Abkommen die Folge gewesen wäre, einigte sich die EU mit Großbritannien auf eine Verschiebung des Austrittstermins auf den 12. April 2019. Nachdem dieser Termin auf den 31. Oktober 2019 verschoben wurde, da sich das britische Parlament noch immer nicht auf ein Abkommen einigen konnte, nahm auch Großbritannien an der Europawahl teil. Somit konnten auch die Britinnen und Briten am 23. Mai über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments abstimmen und Großbritannien erhielt 73 der 751 Mandate. Wenn Großbritannien nun wie geplant am 31. Januar 2020 aus der EU austritt, soll die Anzahl der Mandate im Parlament von 751 auf 705 sinken. Von den 73 Sitzen des Vereinigten Königreiches werden 27 Abgeordnetensitze den leicht unterrepräsentierten EU-Ländern gegeben und 46 Sitze werden für eine mögliche EU-Erweiterung in Reserve gestellt.

Der Wahlkampf in Großbritannien war somit sehr spontan, da man bis zum 07. April 2019 (an dem Datum gab der derzeitige Kabinettschef David Lidington den nicht rechtzeitigen Austritt bekannt) nicht wusste, ob das Land nun an der Wahl teilnehmen werde oder nicht. Das Hauptthema war hierbei natürlich der Brexit. Noch nie zuvor waren die Parteien so gespalten. Zum Beispiel warb die Partei der Liberaldemokraten mit dem Verbleib in der EU, währenddessen sich die Brexit Partei für einen kompromisslosen EU-Austritt stark machte. Umfragen vor der Wahl ließen erahnen, dass vor allem die Parteien Stimmen erlangen würden, die eine klare Linie in der Brexit-Frage verfolgen. Außerdem sollten die großen Parteien wie z.B. die Labour Partei oder die der Tories schlecht abscheiden und die kleinen Parteien wie z.B. die Liberaldemokraten (gegen Brexit) und die neu gegründete Brexit Partei (für Brexit) gute Ergebnisse erzielen. Dementsprechend sahen auch die letztendlichen Wahlergebnisse aus. Die Brexit Partei wurde mit 31,6 Prozent Stimmenanteil am meisten gewählt, gefolgt von der Partei der Liberaldemokraten mit 20,3 Prozent. Die Labour-Partei erhielt nur 14,1 Prozent der Stimmen und die konservativen Tories nur 9,1 Prozent. Daraufhin kündigte Theresa May, Vorsitzende der Konservativen Partei und Premierministerin, ihren Rücktritt an.

Ihr Nachfolger wurde Boris Johnson, der versprach, den Brexit am 31. Oktober 2019 zu vollziehen. Falls vor dem 31. Oktober kein Abkommen erreicht werde, schloss er einen ungeregelten EU-Austritt nicht aus. Doch am 17. Oktober verkündeten die britische Regierung und die EU-Kommission, einen für beide Seiten zufriedenstellenden Vertrag ausgehandelt zu haben. Das britische Parlament vertagte aber die Abstimmung über dieses Abkommen, da es Bedenken gab, und zwang Boris Johnson, die EU um eine Verschiebung des Austrittsdatums zu bitten.

Folglich schickte dieser ein Schreiben mit der Bitte um die Verlängerung an den Europäischen Rat, unterschrieb dieses aber extra nicht und schrieb sogar noch einen Brief, in dem er den Europäischen Rat dazu aufforderte, keine Verlängerung zu gewährleisten.

Er wollte es hingegen schaffen, doch noch eine Mehrheit im Parlament für das Abkommen zu gewinnen. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten bewilligten diesen Antrag aber und somit wurde eine „flexible“ Verschiebung des Austrittsdatums auf den 31. Januar 2020 beschlossen. Das heißt, dass das Vereinigte Königreich auch eher austreten kann, falls das Parlament das aktuelle Abkommen annimmt. Fast gleichzeitig hatte das britische Unterhaus zugestimmt, Neuwahlen am 12. Dezember 2019 durchzuführen.

Mit dem überwältigenden Wahlerfolg Boris Johnsons und der Konservativen (Tories) wird nunmehr der Austritt zum 31. Januar 2020 wahrscheinlich.



© luzitanija - Fotolia.com

#114552363

Impressum.

Quellen:

Informationen: www.bpd.de
www.bundeswahlleiter.de
www.euoparl.europa.eu
www.tagesschau.de
www.europawahl-bw.de
www.europawahlergebnis.eu
www.tagesspiegel.de

Bilder der Abgeordneten: Eigene Fotos

Bild Titelseite: Tanja Bagusat – Fotolia

Bild David Maria Sassoli:
https://www.euoparl.europa.eu/resources/library/images/20190703PHT56117/20190703PHT56117_original.jpg

Bild Ursula Von der Leyen:
https://www.euoparl.europa.eu/resources/library/images/20190716PHT57221/20190716PHT57221_original.jpg

Bild Charles Michel:
<https://www.consilium.europa.eu/media/40679/charles-michel-high-resolution.jpg>

Bild Josep Borrell:
<https://www.euoparl.europa.eu/news/en/press-room/20190926IPR62260/hearing-with-high-representative-vice-president-designate-josep-borrell>

Bild Christine Lagarde:
https://www.euoparl.europa.eu/resources/library/images/20190917PHT61205/20190917PHT61205_original.jpg

Logo des Europe Direct Informationszentrum: freie Verwendung bei eigener Publikation
Logo der Kommission: © Europäische Kommission



Herausgeber:

Europe Direct Informationszentrum Landkreis Osnabrück

Am Schölerberg 1

49082 Osnabrück

Tel.: 0541/ 501 3065

Fax: 0541/ 501 6-3065

E-Mail: europe-direct@lkos.de

Internet: www.europe-direct-osnabrueck.de

Stand: Dezember 2019

Redaktion: Bernadette Büscher

Mitarbeit: Michael Steinkamp

Rechtlicher Hinweis: Diese Publikation dient – gemäß dem Informationsauftrag von Europe Direct – nur der ersten Information. Sie ersetzt weder eine detaillierte Beratung noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Diese Publikation wurde aus Mitteln der EU-Kommission kofinanziert.

von der Europäischen Union kofinanziert

